

# Amts- und Anzeigebatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement  
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.  
2 illustr. Beilagen) in der  
Expedition, bei unsren Vo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Erscheint  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
tag und Sonnabend, In-  
sotionspreis: die kleine  
Zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: C. Hannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

Sonnabend, den 3. Juli

1893.

Die in Gemäßheit von Art. II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 fgl. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Zwickau im Monat Mai d.s. J. festgesetzte und um fünf Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen im Monat Juni d. J. an Militärpferde zur Verabreichung gelangende Marschourage beträgt: für 50 R.R. Heser 8 M. 14 Pf., für 50 R.R. Hen 4 M. 20 Pf. und für 50 R.R. Stroh 3 M. 15 Pf.

Schwarzenberg, am 28. Juni 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Fhr. v. Wirsing.

Die Diensträume der unterzeichneten Behörde sind  
Freitag und Sonnabend, den 9. und 10. dss. Mts.  
wegen Reinigung für nicht dringliche Angelegenheiten geschlossen.  
Schwarzenberg, am 1. Juli 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Fhr. v. Wirsing.

### Bekanntmachung.

Der Entwurf zu einem Flurbuche für die neu aufgenommene Flur Schönheiderhammer liegt nebst Flurkroquis und übrigen Beilagen für hiesige Haus- und Grundstücksbesitzer zur Einsichtnahme von heute ab 14 Tage lang bei dem Unterzeichneten öffentlich aus. Die betreffenden Haus- und Grundstücksbesitzer werden daher dringlichst ersucht, bei deren Einsichtnahme ihre Besitzstandsverzeichnisse mitzubringen, und diese Einsichtnahme ungesäumt bewirken zu wollen, da nach abgelaufener Frist etwaige Einsprüche unberücksichtigt bleiben.

Schönheiderhammer, den 1. Juli 1897.

Der Gemeinderath.  
Boller, Gem.-Vorstand.

### Tagesgeschichte.

Deutschland. Zu dem Besuch des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe beim Fürsten Bismarck in Friedrichshafen bemerkte die „Bad. Landeszeitung“: „Der Umstand, daß Fürst Hohenlohe direkt vom Kaiser kam, läßt mit Sicherheit schließen, daß es der Monarch selber war, welcher den Reichskanzler beauftragte, bei den gegenwärtigen innerpolitischen Verwicklungen den Rath des Alten vom Sachsenwald einzuholen. Es ist ein tröstlicher und beruhigender Gedanke, daß trotz aller zeitweiligen Missstimmungen zwischen Berlin und Friedrichshafen der Monarch niemals zu stolz ist, in ernster Lage sich vertrauensvoll an den zu wenden, der Deutschland groß gemacht hat und mit seiner unerschöpflich reichen Erfahrung noch immer als Warner und treuer Berater unter uns weilt.“ — Die „Straßburger Post“ macht zu den vorliegenden Neuerungen die nachfolgenden berichtigenden Randbemerkungen: „Das ist leider eine durchaus optimistische Ansicht, welche Angesichts der thatsächlichen Verhältnisse jeder Grundlage ermangelt. Es ist eine Thatsache, daß weder der Monarch noch dessen Diener seit dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus seinen Kabinetten jemals einen Rath des erfahrenen und erfolgreichen Staatsmannes eingezogen haben, welchen unser Jahrhundert hervorgebracht hat. Insbesondere hat der Monarch persönlich niemals die Gelegenheit seiner Begegnungen mit dem Altreichskanzler benutzt, um allgemeine, grundlegende oder besondere, laufende Fragen der Politik mit dem Fürsten Bismarck zu besprechen. Ebenso wenig ist dies auf schriftlichem Wege je geschehen. Das ungeheure Kapital von Staatsweisheit, Erfahrung und Personalkenntnis, welches die Person des Fürsten Bismarck repräsentiert, liegt seit dem Ausscheiden des ehemaligen Kanzlers mit seinen Kabinetten vollständig brach da. Wir halten es für eine Pflicht der Gerechtigkeit, dies festzustellen, damit sich nicht eine Legende vom „Rathe des Fürsten Bismarck“ bildet, welche schließlich dazu führen würde, daß man dem Altreichskanzler eine Verantwortlichkeit für Geschehnisse zuschreibt, bei denen er nur als Zuschauer, aber nicht als Beteiligter gegenwärtig war.“

Hamburg, 29. Juni. Ueber das große Feuer in der Zentrale der Elektricitäts-Werke entnehmen wir dem „Hamb. Correspondenten“ folgende Einzelheiten. Das Feuer, das infolge der Explosion einer Dynamomaschine entstanden war, verbreitete sich mit großer Schnelligkeit über das ganze Gebäude, so daß dieses von unten nach oben in hellen Flammen stand. Ueber die Vorgänge beim Ausbruch des Feuers berichten Augenzeugen folgendes: Die in dem Maschinenraum der Zentrale beschäftigten Leute erhielten etwa um 11½ Uhr die dienstliche Welsung von der Zentrale in der Karolinenstraße, daß Strom für den Betrieb der Straßenbahnen einzuschalten sei. Raum hatten die an der Dynamomaschine beschäftigten Leute diesen Auftrag ausgeführt, als infolge Kurzschlusses die Dynamomaschine in hellen Brand geriet. Das Feuer, das an den Kupferhellen u. s. w. der Dynamomaschine reichlich Rohrung fand, breitete sich erstaunlicherweise durch die elektrischen Stromleitungen allein mit der Erzeugung der Elektricität in Verbindung stehenden Einrichtungen u. Räumen des Gebäudes mit so großer Schnelligkeit mit, daß das Innere der oberen Stockwerke, in denen sich die Akkumulatoren, Elemente u. s. w. befinden, fast unmittelbar nach Ausbruch des

Brandes ebenfalls in der ganzen Ausdehnung des Hauses brannte. Es wähnte nur kurze Zeit, so brannte das Dach des Gebäudes durch, infolge dessen mächtige Feueräulen herabstiegen, zum Himmel emporloderten, die durch die in den Elektrizitäts-Elementen vorhandenen Chemikalien ein eigenartiges, schaurig-schönes Licht verbreiteten u. die umliegenden Gebäude tageshell erleuchteten. In den Maschinenräumen waren beim Ausbruch des Feuers etwa 10 bis 12 Personen beschäftigt, denen es glücklicherweise gelang, das Freie zu erreichen, ohne jeden Schaden zu nehmen; zum größten Theil konnten sie sogar ihre Kleidungsstücke in Sicherheit bringen. Der zuerst auf der Brandstätte erschienene Zug 2 der Feuerwehr löschte den Brand bei der Dynamomaschine in kurzer Zeit, doch hatte sich das Feuer wie erwähnt inzwischen über den größten Theil des Gebäudes verbreitet, sodass zur Bewältigung des Feuers ein größeres Aufgebot von Mannschaften erforderlich wurde. Der entstandene Schaden an Maschinen und Einrichtungen dürfte sehr beträchtlich sein.

Österreich-Ungarn. Die Erbitterung der Deutschen in Österreich wächst von Tag zu Tag, denn Graf Badeni macht bis jetzt durchaus nicht Wiene, eine Aenderung des durch die Sprachenverordnungen geschaffenen kritischen Zustandes herbeizuführen, sondern thut sein Möglichstes, um durch kleinliche Maßregelungen der deutschen Opposition, wie Auflösungen und Verbote von Versammlungen Konfiszierung von Zeitungen u. s. w. die Lage noch zu verschärfen. Diesem von der Regierung eingeflossenen System ist es denn auch zuzuschreiben, wenn die Deutschen, nachdem ihnen die Waffe der Obstruktion durch den Schluss des Abgeordnetenhauses vorläufig entwunden worden ist, es mit einer neuen, nämlich mit dem Gemeindestrafe versuchen. Zahlreiche deutsche Gemeinden in Böhmen haben nämlich, dem Beispiel der ihnen hierin vorangehenden Städte Schönfelden, Leitmeritz, Brüz und Teplice folgend, beschlossen, vom 15. Juli an diejenigen der ihnen im sogenannten „übertragenen Wirkungskreise“ zufolgenden Staatsgeschäfte nicht mehr zu besorgen, zu deren Ausführung sie nicht durch Reichs- oder Landesgesetze verpflichtet sind. Nach dem klaren Wortlaut dieser gelegten Bestimmungen haben die Gemeinden nur eine Verpflichtung, dem Staat für gewisse Geschäfte desselben ohne Entschädigung ihre Mitwirkung zu leisten, soweit dies durch Gesetz bestimmt wird. Im Laufe der Zeit sind aber die Gemeinden vom Staat nicht nur auf Grund von Gesetzen, sondern auf Grund von Verordnungen für die Bevölkerung gewisser Geschäfte in Anspruch genommen worden, und die Ausführung dieser wird jetzt von vielen deutschen Gemeinden Böhmens, ja sogar auch von der Stadt Innsbruck verweigert, nachdem auch das R. R. Verwaltungsgericht in mehrfachen Entscheidungen anerkannt hat, daß für die Gemeinden in diesen Fällen eine Verpflichtung zur Mitwirkung zu den Staatsgeschäften nicht besteht.

Es ist jetzt auch ein Vorschlag hervorgetreten, der dem Nationalitätenkampf ein Ende bereiten soll. Ein „hervorragender Staatsmann“ führt in einem Wiener Blatte aus, man solle unter Zurücknahme der Sprachenverordnungen ein Nationalitätengesetz erlassen, das in den von mehr als einem Volksstamm bewohnten Kronländern besondere Nationalitäten einführt, die aus gewissen Patriarchen der betreffenden Volksstämme bestehend, sich über die nationalen Fragen untereinander zu verständigen und Aenderungen im nationalen Bestand auf

Grund des nachgewiesenen Bedürfnisses bei dem betreffenden Landtage zu beantragen hätten.

Frankreich. Zur bisher noch immer sagenhaften Präsidentenreise läßt sich jetzt die halbamtliche „Agence Havas“ in einer Note vernehmen. Danach hat Faure im Ministerrathe mitgetheilt, er habe vom Kaiser von Russland ein Schreiben des Inhalts bekommen, es würde dem Kaiser zur Bekämpfung gereichen, den Präsidenten in diesem Jahre in Peterhof zu empfangen. Faure fügte hinzu, er bedächtige die Einladung in der zweiten Hälfte des August Folge zu leisten. Weiter befugt die Note der „Agence Havas“, es werde in der Deputiertenkammer unverzüglich die Bewilligung der erforderlichen Kosten beantragt werden.

Belgien. Eine Nachricht aus Paris zufolge beschäftigen sich die dortigen Blätter angelegentlich mit dem angekündigten Besuch des Kaisers Wilhelm in Brüssel. Ein in Paris weilender, belgischer Staatsmann antwortete auf die Frage, ob der Besuch eine politische Bedeutung habe, der König und die Regierung hielten darauf, selbst bezüglich der einschlägigen Höflichkeiten die Freundschaftlichkeit gegenüber Deutschland und Frankreich deutlich zu markieren. Demgemäß erfolgte gleichzeitig eine Einladung an Faure, Brüssel zu besuchen. Auf Grund eines Mißerverständnisses hielt es dann, Kaiser Wilhelm und Faure würden gleichzeitig Brüssel besuchen, woran Niemand denkt.

### Locale und sächsische Nachrichten.

Eibenstock. Herr Bürgermeister Hesse ist auf 4 Wochen beurlaubt und wird vom 5. Juli ab vom Herrn Stadtrath Justizrat Landrock vertreten. Herr Justizrat Landrock ist Nachmittags von 3—5 Uhr auf dem Rathause zu sprechen.

Eibenstock. Der Export nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus dem District der Consular-Agentur Eibenstock betrug im II. Quartal 1897: 207,663,20 Doll. (gegen 128,435,20 im II. Quartal 1896) darunter Lederhandelsware 98,768 Doll., Kleiderbeläge 61,546 Doll., Papier und Papierwaren 31,396 Doll., gestickte Gar- dinen 8679 Doll.

Dresden. 30. Juni. Heute Vormittag 11 Uhr übernahm der Rath von Dresden in feierlicher Weise im Gemeinderathsaal zu Pieschen die Verwaltung der beiden Landgemeinden Pieschen und Trachenberge. An diesen feierlichen Akt reichte sich sodann die Verpflichtung der in den Dienst der Stadt übergetretenen Beamten der Gemeinde Pieschen. Nach der fortgeschriebenen Bevölkerungsziffer hat Dresden gegenwärtig über 352,000 Einwohner. Durch die Einführung der beiden Vororte mit ihren 20,000 Einwohnern hebt sich diese Zahl auf rund 373,000 Einwohner. Dresden, welches unter den Großstädten des Reiches bisher an 6. Stelle sich befand, hat durch diesen Bevölkerungszuwachs Breslau überflügelt und sich somit den 5. Größenplatz erobert. Vor 25 Jahren hatte Dresden 177,000 Einwohner. Zehn Jahre später stieg die Kopfzahl auf 220,000 und 1890 auf 276,000. Bei gleichem Wachsthum steht zu erwarten, daß Dresden noch vor 1900 die Bevölkerungsziffer von 400,000 überschreitet.

Leipzig, 29. Juni. Einer der modernen Wanderer, ein Herr Allard, ist auf der Fußreise von Paris nach Berlin heute hier eingetroffen. Der Mann ist am 9. Juni von Paris abgegangen und weist durch zahlreiche Kontrollen